

30. November 2006
Wiener Zeitung

Situation im Nationalpark spitzt sich immer mehr zu: Nun machen Tunnelbefürworter gegen Besetzer mobil Lobau: Ruf nach einer Bürgerwehr

Von Christian Mayr und Mathias Ziegler

- FP-Politiker will Lobau-Besetzer mit Bürgerwehr "zum Teufel jagen".
- Umweltschützer fürchten auch Räumung durch private Sicherheitsfirma.
- Asfinag droht mit Klage – auch gegen Stadt Wien.



*Der Konflikt wird härter: Tunnel-Gegner und -Befürworter könnten bald aufeinander prallen.
Foto: apa*

Wien. Die Wiener Lobau – Nationalpark und ansonsten ruhiges Naturschutzgebiet – droht nun zum Austragungsort handfester politischer Auseinandersetzungen zu werden: Nachdem die geplanten Probebohrungen für den umstrittenen Autobahn-Tunnel weiter von (vorerst friedlichen) Umweltaktivisten verhindert werden und die Polizei nicht eingreifen will, formieren sich jetzt jene Bürger, die genau diesen Tunnel zur Verkehrsentlastung unbedingt gebaut wissen wollen.

Am schärfsten formuliert es Rudolf Fischer, FPÖ-Gemeinderat in der Umlandgemeinde Groß Enzersdorf: "Ich kann mir eine Bürgerwehr, die diese Besetzer gleichsam zum Teufel jagt, sehr gut vorstellen", sagt Fischer zur "Wiener Zeitung". Seine Partei werde nun versuchen, die Bürger in den betroffenen niederösterreichischen Gemeinden sowie der Donaustadt entsprechend zu mobilisieren, damit die Bohrungen stattfinden können. "Denn es kann wohl nicht sein, dass ein paar Schreihälse die dringend nötige Verkehrsentlastung für zehntausende Bewohner blockieren. Und sich die Polizei nicht eingreifen traut", so Fischer.

Es zeichnet sich auch bereits eine breitere Front an aktiven Tunnel-Befürwortern ab: Auch die Initiative "Donaustadt Lebenswert", die bei bisherigen Veranstaltungen für den Tunnel einige hundert Menschen mobilisieren konnte, plant "Aktionen" – offen ist noch, in welcher Form.

Wiener FPÖ und ÖVP verlangen ja notfalls eine Räumung der Lobau durch die Polizei – falls diese nicht zustande kommt, können sich die Freiheitlichen auch Alternativen vorstellen: "Dass eine private Security-Truppe durchgreift, wäre sicher ein nächster Schritt, den man jetzt schon planen soll", sagt FPÖ-Gemeinderat Anton Mahdalik.

Tatsächlich geht bei den Au-Besetzern derzeit die Angst vor einer mehr oder weniger gewaltvollen Räumung durch private Sicherheitskräfte um: "Diese Variante kursiert im Camp. Wir hoffen, dass es nicht dazu kommt, zumal diese uns rein rechtlich nicht anfassen dürfen", sagt Helmut Letofsky (Bürgerinitiative "Virus"). "Da könnte es hart werden, weil die ja nicht zimperlich und mit Hunden unterwegs sind", meint Wolfgang Rehm ("Bignot").

Von einem derartigen Einsatz will die Asfinag derzeit aber nichts wissen: "Um Gottes Willen, die Sicherheitsleute sind angewiesen, friedlich zu agieren", sagt Projektleiter Christian Honeger. Derzeit seien nachts vier Sicherheitsleute in der Lobau, um die Bohrgeräte zu bewachen.

Die Asfinag droht derzeit lieber mit Klagen, weil ihr durch die Wartezeit täglich rund 9000 Euro an Kosten anfallen: "Wir prüfen gerade, ob wir da juristisch vorgehen können. Sowohl gegen die Au-Besetzer als auch die Stadt Wien", sagt Honeger. Letztere deshalb, weil sie als Grundeigentümer für den ordnungsgemäßen Ablauf der von ihr gestatteten Bohrungen sorgen müsste.

Bürgermeister für Räumung

Entschlossen äußern sich auch die Bürgermeister der Umland-Gemeinden: Der Raasdorfer Bürgermeister Walter Krutis (ÖVP) hätte etwa nichts dagegen, "wenn die Lobau-Besetzer weggetragen werden". Er sieht keine andere Möglichkeit, wenn friedliche Gespräche scheitern: "Die Frist für einen freiwilligen Abzug würde ich bis Ende dieser Woche setzen." Schließlich könne es nicht sein, "dass in einem Rechtsstaat rund 40 Leute gegen das Gesetz arbeiten", wettet der Ortschef.

Ins gleiche Horn stößt auch Johann Karl (SPÖ): Der Bürgermeister von Gänserndorf, der übrigens selbst als Sicherheitsorgan bei den Auseinandersetzungen in Hainburg vor 20 Jahren dabei war, sieht die Verantwortung "bei den zuständigen Behörden; die sollen die Lage prüfen und dann entsprechend handeln". Und zur Not die Protestierenden wegtragen lassen. Karl hat für den "Justament-Standpunkt" der Lobau-Besetzer kein Verständnis: "Die Herrschaften sollten uns lieber helfen, die B8 zu sperren, auf der täglich tausende Fahrzeuge mitten durch die Ortschaften fahren." Bei einer derartigen Blockade würde offensichtlich, wie dringend nötig die Umfahrung sei.

"Nur Probebohrungen"

Etwas gemäßigter reagierte am Mittwoch Rainer Hübl, SPÖ-Bürgermeister von Groß-Enzersdorf. Er will auf jeden Fall auf Verhandlungen setzen und "sicher nicht mit Gewalt vorgehen. Wenn eine friedliche Einigung nicht gelingt, bin ich als Bürgermeister ratlos", gibt er zu. Auch er versteht die Haltung der Aktivisten nicht: "Schließlich nehmen sie sich mit der Verhinderung der Probebohrungen – von einem Tunnelbau ist ja noch längst keine Rede – selbst die Chance, aufzuzeigen, dass vielleicht das Projekt doch nicht funktionieren kann, weil der Untergrund ungeeignet ist."

Krutis, Karl und Hübl sind bei weitem nicht die einzigen Bürgermeister, die sich für die Realisierung der Nordostumfahrung einsetzen. "Das tägliche Verkehrschaos betrifft ja nicht nur die nächsten Umlandgemeinden, sondern auch die Region dahinter", sagt Hübl.

Link zum Online-Artikel:

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3940&Alias=wzo&cob=259298¤tpage=1>